

DGB-Bezirk Baden-Württemberg | Willi-Bleicher-Str. 20 | 70174 Stuttgart

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und
Migration Baden-Württemberg
Postfach 10 34 65
70029 Stuttgart

Stellungnahme des DGB Baden-Württemberg zum Entwurf einer Verordnung des Innenministeriums zur Änderung der Laufbahnverordnung-Polizeivollzugsdienst (LVO-PVD), Akz.: M3-0312.2-4/6

13. Januar 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

der DGB Baden-Württemberg bedankt sich für die Übersendung des Entwurfs einer Verordnung zur Änderung der Laufbahnverordnung – Polizeiverordnung (LVO-PVD) und die damit verbundenen Gelegenheit zur Stellungnahme. Nach Rücksprache mit unserer zuständigen Fachgewerkschaft, der Gewerkschaft der Polizei (GdP) haben wir folgende Anmerkung zum vorliegenden Entwurf:

In der Begründung heißt es:

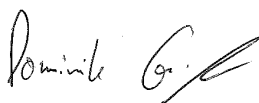
Zu Buchstabe b)

Der Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst durch Absolvierung des Qualifikationslehrganges erfordert als Mindestamt bisher ein Amt der Besoldungsgruppe A 9, welches bis zum 31. Dezember 2021 das zweite Beförderungsamts im mittleren Polizeivollzugsdienst darstellte. Aufgrund der Anhebung des Eingangsamts des mittleren Polizeivollzugsdienstes zum 1. Januar 2022 ist eine Anpassung der Vorschrift erforderlich, damit es hinsichtlich des erforderlichen Mindestamts für den Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst auf diesem Wege beim zweiten Beförderungsamts verbleibt.

Eine Anpassung der Beförderungsmöglichkeit nach Satz 4 der Vorschrift erfolgt in diesem Zusammenhang nicht. Der Qualifikationslehrgang ist inhaltlich nicht auf das Aufgabenspektrum der einzeln bewerteten Dienstposten der Besoldungsgruppe A 12 und höher ausgelegt. Zudem würde bei einer Anhebung der Beförderungsmöglichkeit indirekt die Attraktivität eines Aufstiegs in den gehobenen Polizeivollzugsdienst durch Absolvierung des Studiums im Ausbildungsdienst verringert.

Für den DGB Baden-Württemberg muss zur Attraktivitätssteigerung des Gehobenen Dienstes innerhalb der Polizei eine Durchschlüsselung unter gleichzeitiger Stellenhebungen in A 12 und A 13 erfolgen. Dazu sind nach Berechnungen der Gewerkschaften mindestens 2400 zusätzlichen Stellen erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen



Dominik Gaugler

Dominik Gaugler
Abteilungsleiter
Öffentlicher Dienst / Beamte

dominik.gaugler@dgb.de

Telefon: 0711 2028-222
Telefax: 0711 2028-250
Mobil: 0151 53331553

Willi-Bleicher-Str. 20
70174 Stuttgart